

Abschrift

**AUSSENKOMMANDO KASCHAU.
TGB.NR. 751/44**

KASCHAU, DEN 20. NOVEMBER 1944

An den
Kommandeur der Stro und SD
Einsatzkommando II

Miskolc.

Betr.: Stimmungs- und Lagebericht.
Vorg.: Ohne
Anl.: O

Innenpolitik

In zunehmenden Masse wendet sich die hiesige Bevölkerung infolge der angeblich unmöglichen Anordnung und Machenschaften der Szalási-Regierung ab. Gerade von dieser Regierung habe man eine strenge Zucht und ein energisches Durchgreifen erwartet, doch auch Szalási habe die in ihm gesetzten Hoffnungen in keiner Weise gerechtfertigt. Im Gegenteil habe er Zustände einreissen lassen, die jede frühere ungarische Regierung mit Abscheu von sich gewiesen hätte. Er habe zum Beispiel geduldet, dass die in der Kaschauer Knabenerziehungsanstalt untergebrachten Zöglinge freigelassen wurden, wenn sie sich bereit erklärten, sich als Partisanen hinter der russischen Front zu betätigen. Diese freigelassenen jugendlichen Verbrecher seien sogar mit Waffen versehen worden und hätten z.Zt. die Aufgabe, das in Term, etwa 40 km westlich Kaschau, für die Versorgung der eigenen Partisanen sichergestellte Judenvermögen zu bewachen. Die von der hiesigen Dienststelle bei der ungarischen Spionageabwehr angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit der obigen Angaben, doch konnten von dort ebenfalls keine näheren Angaben gemacht werden. Wenn die Pfeilkreuzler der Ansicht seien, dass sie durch derartige Massnahmen neuer Anhänger gewinnen können, so hätten sie sich darin furchtbar getäuscht, dass erstens würden die Freigelassenen nie für Szalási oder den ungarischen Staat ihr Leben einsetzen, sondern bei der ersten Gelegenheit zu den Bolschewisten überlaufen und dabei noch die eigenen Partisanen verraten und zweitens werde man von den zuständigen ungarischen Staatsbürgern nicht verlangen können, dass sie sich mit dem freigelassenen Gesindel auf eine Stufe stellen. Auch die von den Pfeilkreuzlern bei der Nachtergreifung zur Entfernung der politischen Gegner durchgeführten Verhaftungen haben nicht nur in politischen Gegenlager, sondern auch unter den Anhängern der Pfeilkreuzler und in deutschfreundlichen Kreisen der hiesigen Bevölkerung Befremden und Unwillen hervorgerufen. Vor allem wurde das rücksichtslose und schroffe Vorgehen während der Aktion verurteilt.

Es sei ein Skandal, dass sich eine angeblich zivilisierte Organisation in ihrem Rachegeiz dazu hinreissen liess, politisch unbelastete Staatsbeamte zu verhaften, um lediglich deren Stellen für eigenen Parteimitglieder feizubekommen und jeder der

an der Aktion beteiligte Pfeilkreuzler habe sich dabei einen materiellen Vorteil versprochen, oder wollte seine Macht der Bevölkerung öffentlich zur Kenntnis bringen. Das Endergebnis dieser Willkür sei nun, dass die Anhänger der Pfeilkreuzler von 15 % der ungarischen Bevölkerung auf 9 % herabgesunken seien und wenn sich die Regierung Szalási noch mehrerer solcher Übergriffe erlaube, dann könne sie es in Bälde erwarten, dass es ihr so ergehe, wie es der Regierung Antonescu in Rumänien ergangen sei. Im übrigen könne man es nicht verstehen, dass sich die Deutschen in die innenpolitische Umwälzung in Ungarn eingemischt haben. Man fragt sich, auf Grund welchen internationalen Rechtes die Deutschen den früheren Minister Lakatos und den Innenminister Baron Schell festgenommen und gegen sie eine bisher ergebnislose Untersuchung geführt hätten. Nachdem die Deutschen diesen Männern keinerlei reichsfeindliche Handlungen nachweisen konnten, trügen sie sich z.Zt. mit dem Gedanken, die Gefangenen den Pfeilkreuzlern zu übergeben, damit diese die beiden früheren Staatsmänner im Sinne Deutschlands endgültig erledigen sollen. Besonders das Schicksal von Baron Schell wird vom grössten Teil der hiesigen Bevölkerung bedauert, da es sich bei ihm um einen überaus klugen Staatsmann gehandelt habe, was er schon in der Zeit bewiesen habe, als er noch Obergespann in Kaschau war. Es sei für jeden nationalgesinnten Ungarn eine Schande, wenn er tatlos zusehen, wie sich ein fremder Staat in die innersten Angelegenheiten seines Landes einmischt und durch eine von ihm an die Macht gebrachte Scheinregierung das innen- und aussenpolitische Geschehen des ungarischen Staates diktiert. Leider sei der grösste Teil des ungarischen Volkes zu dumm und politisch zu ungeschult um klar zu erkennen, dass es Deutschland nur darauf ankäme, Ungarn so lange wie möglich an seiner Seite zu halten, damit sich die Front nicht auch noch in diesem Gebiet an die Reichsgrenze heranschiebt. Vor allem jedoch sei noch Deutschland auch die ungarischen Ölquellen und landwirtschaftliche Erzeugnisse angewiesen und erst wenn es Ungarn vollständig ausgeraubt habe, werde Deutschland das Land den Bolschewisten und somit seinem Schicksal überlassen. Wenn es dann zu spät ist, werde das ungarische Volk erwachen und zur Besinnung kommen.

Aussenpolitik

Die hier verbreitete Behauptung, dass die derzeitige ungarische Regierung ohne Einwilligung der Deutschen keine Aussenpolitik betreiben könne, hat das Vertrauen der hiesigen Bevölkerung zur Regierung Szalási wesentlich untergraben, weil man in der derzeitigen Regierung lediglich ein Werkzeug der Deutschen erblickt. Besonders die Bewohner des früheren slowakischen Teiles von Ungarn ohne Ausnahme, ob Slowaken oder Ungarn, sehnen sich nach der guten alten Zeit unter dem tschechoslowakischen Regime zurück aus diesem Grunde wird der Gegenpropaganda, dass die Russen nach der Eroberung wieder die alten Grenzen des früheren tschechoslowakischen Staates herstellen und das Land bei der Eroberung möglichst schonen, besonders willig Gehör geschenkt. Auch die Nachricht über die Aufstellung einer tschechoslowakisch-kommunistischen Regierung in Munkács hat bei der hiesigen Bevölkerung nicht den erhofften Erfolg erzielt, denn man konnte sofort Stimmen hören, dass dort bereits die neue tschechoslowakische Regierung unter der Führung von General Prchala auf Weisung von Benesch zusammengetreten sei. Ein grösserer Teil der Bewohner des nördlichen Teiles von Ungarn bekundet heute offen, dass es ihnen lieber sein, wieder in den tschechoslowakischen Staat übernommen zu werden, als unter der unfähigen Szalási-Regierung weiterleben zu müssen. Selbst wenn die Ungarn in neuerrichteten

tschechoslowakischen Staat nur als eine Minderheit geduldet würden, die auf die Staatsführung keinerlei Einfluss heb, so hätte in diesem Staatsgebilde doch jeder Ungar die Möglichkeit sorgenlos zu leben und vor allem würden Benesch keinen Ungarn sein Privateigentum wegnehmen, wie es Szalási beabsichtige. Bemerkenswert ist bei dieser Haltung, dass die ungarischen Volkstumsangerhörigen bedenkenlos ihr Nationalbewusstsein opfern, wenn sie dadurch einer persönlichen materiellen Vorteil erzielen und ein bequemes Leben in Aussicht gestellt bekommen. Im Zuger der Wiedererrichtung des tschechoslowakischen Staates in den alten Grenzen wurde in Munkács eine provisorische tschechoslowakische Regierung unter den Vorsitz des Generals Prchala gebildet, die sofort die ausschliessliche Verwaltung in dem von den Russen besetzten Teilen der alten Tschechoslowakei aufgenommen hat. General Prchala, ehemaliger Kommandeur des Korpsbereiches Kaschau, hat sich nach Auflösung des tschechoslowakischen Staates an der Verteidigung des Karpathenlandes gegen die einrückenden Ungarn mit einer Division beteiligt und ist nach Beendigung der Kämpfe auf polnisches Gebiet übergetreten. Im Polenfeldzug wurde seine Division bei Warschau bis auf ein Regiment zusammengeschlagen, mit dem er bald darauf in russische Dienste übergetreten ist. Die andern Mitglieder des Kabinetts, dessen Bestand im Einzelnen noch nicht genau bekannt ist, setzen sich dem Einvernehmen nach zum grössten Teil aus Kommunisten der tschechoslowakischen Kolonie bei Luck und in der Ukraine zusammen. Soweit hier bekannt wurde, ist ausser Prchala kein Tscheche aus dem Protektorat beteiligt. Über eine Einschaltung von Benesch ist jedoch noch nichts bestimmtes bekannt geworden. Es ist zu erwarten, dass die Führungskreise der tschechischen und slowakischen Agitation und Aufstandsbewegung von London nach Munkács übergehen wird und es ist durchaus möglich, dass Munkács dieselbe Stellung einnehmen wird wie Lublin innerhalb des Polentums und dass auch Benesch auf die Dauer seine Positionen nicht halten kann, sobald Prchala fest im Sattel sitzt. Die beiden slowakischen Generale, die vor kurzer Zeit in der Ostslowakei gefangengenommen wurden, waren noch von London abhängig und bezogen ihre militärischen und politischen Direktiven aus dem Kabinett von Benesch. Es bleibt somit abzuwarten, ob vielleicht anlässlich der Einsetzung von Prchala die Gegensätze zwischen London und Moskau auch in der Tschechenfrage sich so zuspitzen, dass von deutscher Seite politisch eingegriffen werden kann. Die von den Anhängern der früheren ungarischen Regierungen verbreitete Behauptung, dass sich der zu den Bolschewisten übergelaufenen frühere Führer der ersten ungarischen Armee-Generaloberst Miklos bereits wieder in Munkács befinde und dort im Begriff sei, eine neue ungarische Regierung zu bilden, hat in verschiedenen Kreisen der hiesigen Bevölkerung grösste Befriedigung hervorgerufen. Man ist der Meinung, dass Generaloberst Miklos bereits mit Benesch und General Prchala wegen der Rückgabe der von der Slowakei abgetrennten Gebiets verhandelt und dass er mit den Bolschewisten über die baldige Beendigung des Krieges eine Übereinstimmung erzielt habe. In Miklos sieht man heute schon den kommenden ungarischen Staatsführer, der infolge seines politischen Weitblickes dazu auch der geeignete Mann sei.

Wehrpolitik

Nachdem die Werbeaktion von Freiwilligen für die „Hungaristische Totenkopflektion“ anfänglich ein äusserst mangelhaftes Ergebnis gezeitigt hatte, verbesserte sich dies ganz wesentlich, als den Freiwilligen die Bedingungen und vor allen die Gleichstellung in Löhnung und Familienbeihilfe mit den deutschen SS- Angehörigen

zur Kenntnis gebracht wurde. Wenn man in Betracht zieht, dass kurze Zeit vor dem Anlaufen der SS-Werbeaktion einige jüngere Jahrgänge zu Honved einberufen wurden, kann der Anfangserfolg in der Freiwilligenmeldung als gut bezeichnet werden. Die Haltung der Regierung Szalási in der sofortigen Freigabe von SS-Freiwilligen, die sich seit längerer Zeit in der Honved befinden, oder noch dort einberufen wurden, hat in den hiesigen deutschfreundlichen Bevölkerungskreisen eine besondere Befriedigung hervorgerufen. Dagegen kann man nicht verstehen, warum die Regierung und vor allem die unteren Exekutivorgane gegen diejenigen Ungarn nicht mit aller Schärfe vorgehen, die ihren Einberufungsbefehl in die Honved keine Folge leisten. In der letzten Zeit konnte hier mehrfach die Wahrnehmung gemacht werden, dass diese Einberufenen in die Slowakei flüchten und sich dort zu den Partisanen schlagen, um sich so dem Zugriff der ungarischen Behörden zu entziehen. Auch die regierungs- und deutschfeindliche Haltung der Honved tritt zurzeit immer mehr zutage. Nicht nur dass ungarische Soldaten den deutschen Offizieren auf der Strasse nur noch vereinzelt den Gruss bieten und ungarische Offiziere einen gebotenen Gruss oft gar nicht erwidern, hat sich der Kommandeur des hiesigen S. ungarischen Korpskommandos – Generalmajor Tanito – dahingehend geäußert, dass er nach dem Einmarsch der Bolschewisten unter allen Umständen in Kaschau bleiben werde. Ausserdem werde er verhindern, dass die abziehenden deutschen und ungarischen Einheiten das hiesige Korpskommandogebäude sprengen, wie dieses bereits beabsichtigt sei, sondern er wollte dieses Gebäude durch Hissen einer weissen Fahne den Russen unbeschädigt übergeben. Nach hier eingelaufenen Meldungen soll jedoch das noch in Kaschau befindliche Restkommando der 8. ungarischen Korpskommandantur demnächst aufgelöst werden, da dessen Bestehen in Budapest bisher gar nicht bekannt gewesen sei. Während die einzelnen Offiziere des Kommandos anderen ungarischen Einheiten zugeteilt würden, soll Generalmajor Tanito zu seiner Einheit nach St. Gotthardt befohlen worden sein.

Die in den letzten Tagen vom ungarischen Honvedministerium erlassenen Verordnungen, dass die ungarischen Offiziere bei Verheiratung keinerlei Kautionsmehr zu stellen hätten, ferner dass bei der Verehelichung der Offiziere nicht mehr auf die standesgemässe Herkunft der Frau geachtet werde, sondern dass diese lediglich nach ihrem politischen kriminellen und charakterlichen Vorleben beurteilt werde, und dass nun auch aus dem Mannschaftsstand ohne höhere Schulbildung nach deutschem Muster die ungarischen Offiziere hervorgehen könnten, hat nicht nur bei der Zivilbevölkerung, sondern auch bei der Honved den grössten Anklang gefunden. Lediglich die ungarischen Offiziere stehen der Verordnung über die Beförderung zu Offizieren aus dem Mannschaftsstand noch etwas skeptisch gegenüber, doch gibt heute ein grosser Teil von ihnen schon offen zu, dass dem ungarischen Offizierkorps auf dieser Weise sehr gute Kräfte zugeführt werden konnte und letzten Endes liege es doch in Händen der früheren ungarischen Offiziere, wer aus dem Mannschaftsstand für die Offizierslaufbahn auserwählt werde, denn es bliebe sicher den Abteilungskommandeuren überlassen, die einzelnen Vorschläge einzureichen. Die Stimmung in der 1. ungarischen Armee verschlechterte sich auch in der Berichtszeit ganz wesentlich. Während bisher lediglich eine deutsch- und regierungsfeindliche Haltung festzustellen war, konnte in den letzten Tagen die Wahrnehmung gemacht werden, dass bei dieser Einheit nun ganz offen eine ausgesprochene kommunistische Propaganda betrieben wird. Die durch den Verrat des Oberbefehlshabers der 1. ungarischen Armee, Generaloberst Miklos, geschaffene unsichere Lage hat bekanntlich zu folgenreichen militärischen

Rückschlägen geführt. Mit in erster Linie ist an diesen Erfolgen Schuld die ungemein geschickte und erfolgreiche Propaganda der Bolschewisten innerhalb der 1. ungarischen Armee. In immer neuen Aufrufen wendet sich Generaloberst Miklos an seine früheren Untergebenen und geht dabei von der Voraussetzung aus, dass nach der Verhaftung von Horthy und dem Verschwinden von Generaloberst Vörös nun er der rangälteste ungarische Offizier und daher der Befehlshaber der ungarischen Wehrmacht sei. Als solcher befiehlt er der Honved, jeden Widerstand sofort einzustellen, sich aktiv gegen die deutschen Truppen zusammenzuschliessen und durch Sabotageakte dafür zu sorgen, dass die Front des echten Ungarn, vertreten durch ihn, das Land von den deutschen Eindringlingen endgültig säubert. Diese Propaganda soll von deutscher Seite, und zwar vom Verbindungsoffizier der Wehrmacht-Propaganda in OKW unter Mithilfe des Deutschen Konsulats in Kaschau dargestellt entgegengetreten werden, dass in einer Flugblattpropaganda in Massenaufgabe Vorleben und Beweggründe von Miklos in diskriminierender Weise klar gelegt werden. Die ungarischen Offiziere halten sich verständlicherweise in dieser Angelegenheit zurück, da sie ungern durch die Darstellung der Haltung von Generaloberst Miklos die Sorge des ungarischen Offizierskorps blossstellen. Vertraulich weisen sie in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch von deutscher Seite gegen Generalfeldmarschall Paulus nichts unternommen worden sei. Die intensive russische Lautsprecherpropaganda wird folgendermassen aufgezo- gen: Ein ungarischer Gefangener aus den von den Bolschewisten besetzten Gebieten wird für einige Tage auf Urlaub nach Hause entlassen. Nach seiner Rückkehr tritt er gegenüber seinem eigenen Kommandoabschnitt an den Lautsprecher und wendet sich unter Namensnennungen an Kameraden aus der gleichen Gegend, die er von ihren Angehörigen grüsst und ihnen mitteilt, dass zu Hause unter russischen Schutz alles in Ordnung sei und dass die Angehörigen dringend darauf warten, dass es den sinnlosen Kampf gegen seine engere Heimat einstellt. Den zweifellos grossen Eindruck, den derartige Mitteilungen auf primitive Gemüter machen, kann man durch ein energisches Durchgreifen seitens des Offizierskorps entgegengetreten werden. Auch wenn in den meisten Fällen der gute Wille des Offizierskorps der 1. ungarischen Armee vorausgesetzt werden kann, so ist derselbe nicht nur in den Stäben, sondern auch an der Front zu überaltert und durch die Ereignisse zu unsicher geworden, dass das langsame Auseinanderfallen der 1. ungarischen Armee auf die Dauer von ihnen verhindert werden könnte.

Wirtschaftspolitik

Die Versorgung der im ungarischen Raum kämpfenden deutschen und ungarischen Einheiten mit Lebensmitteln kann nur unter Ueberwindung der dauernd erneut auftretenden grössten Schwierigkeiten durchgeführt werden. Die Hauptgründe für diese mangelhafte Organisation dürften vor allem in der Tatsache zu finden sein, dass die Lebensmittelerfassung bis zum Beginn des Jahres 1944 in Ungarn fast ausschliesslich in ungarischen Händen lag und nach der Ausschaltung der Juden keinerlei Verbesserung erfuhr. Auch der Umstand, dass die Truppenversorgung bisher nur über das ungarische Versorgungsamt vorgenommen werden durfte, hemmte die Belieferung der kämpfenden Einheiten wesentlich, zumal die damit beschäftigten ungarischen Dienststellen infolge Mangels geeigneter Fachkräfte das erforderliche Organisationstalent vermissen liessen und die von der Regierung erlassenen Anordnungen von einigen leitenden Beamten oft absichtlich sabotiert wurden. In dieser Hinsicht hat sich häufig das ungarische Eisenbahnpersonal besonders nachteilig zur Geltung gebracht. Während die Truppe bisher durch die

Allgemeine Viehabtreibung aus den kampffährdeten Gebieten ausreichend mit Schlachtvieh versorgt werden konnte, war die Belieferung mit Mehl und Trockengemüse meist unzureichend. Durch die mangelhafte Versorgung der Grossmühlen und Gemüsetrocknereien mit Kohle war es in diesem Kriegsbetrieb besonders im Sommerhalbjahr 1944 nicht möglich, voll zu arbeiten, sodass sie oft wochenlang ihre Produktion einstellen mussten. Die Wegnahme der Rinder und Schafe hat unter der ländlichen Bevölkerung grossen Unwillen hervorgerufen und man hat besonders dafür kein Verständnis, dass das den Volkdeutschen in Ostungarn abgenommene Vieh ausschließlich der deutschen Wehrmacht zu Verfügung gestellt wurde. Auch die Tatsache, dass die zurückgehenden Einheiten fast sämtliche Futterbestände bei den Bauern und Grossgrundbesitzern requirierten hat die Arbeitslust der Bauern wesentlich negativ beeinflusst, zumal diese Vorräte oft ohne Bezahlung der Aushändigung einer Bescheinigung abgenommen wurden. Infolge der Kriegseignisse haben die Bauern die Herbstbestellung bisher nur zögernd oder gar nicht durchgeführt, sodass in den gefährdeten Gebieten noch keinerlei Wintergetreide angebaut wurde. Die Bauern begründen ihre Haltung in dieser Hinsicht damit, dass ihnen bei der allgemeinen Sicherstellung der Rinder auch das Zugvieh abgetrieben worden sei, weiter dass sie zum Betrieb ihrer Traktoren kein Benzin erhalten, ferner dass das in der letzten Zeit anhaltende Regenwetter eine Arbeit auf dem Felde unmöglich machte und dass man ihnen auch die jüngsten Arbeiterkräfte abgezogen habe. Während nationalgesinnte Kreise der ungarischen Bauern den Standpunkt vertreten, dass es jetzt keinen Wert habe die Felder anzubauen, da doch alles den Bolschewisten in die Hände falle, sind andere der Ansicht, dass es für sie nach einer Besetzung durch die Russen von [persönlichen] Vorteil sei, wenn sie diese Arbeit durchgeführt hätten, Da man aus den bereits besetzten Gebieten dauernd nachrichten erhalten, dass den Bauern von den Russen weder Vieh noch Getreide weggenommen haben, hätte der ungarische Staat gut daran getan, wenn er zur Aufrechterhaltung der ländlichen Betriebe das erforderliche Vieh in den von den Russen besetzten Gebieten zurückgelassen hätte, zumal die Russen in den besetzten Gebieten sofort nach der Eroberung daran gegangen seien, die landwirtschaftliche Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Wenn einmal die Zeit kommt, in der die Bolschewisten wieder aus Ungarn vertrieben werden, dann hätte die ungarische Regierung in der für kurze Zeit verlorengegangene Gebieten sofort wieder erzeugungsfähige landwirtschaftliche Gebiete vorgefunden, während durch die vollständige Viehentblössung die Landwirtschaft auf viele Jahre stillgelegt worden sei. Man könne nicht annehmen, dass das Abtransportierte Vieh jemals wieder in diese Gebiete zurückgebracht wird, denn der grösste Teil sei schon auf dem langen Rücktransport an Hunger verendet oder musste notgeschlachtet werden. Durch den mangelhaften Arbeitseifer und die schwierigen Transportverhältnisse bedingt liessen die meisten Bauern in den frontnahe Gebieten ihre Hackfrucht –und Maisernte auf dem Feldern verderben, statt sie in den Silos unterzubringen. Auch in dieser Beziehung wird grösstenteils der Standpunkt vertreten, dass eine derartige Arbeit zwecklos sei, weil die Bauern kein eigenes Vieh mehr besitzen und die Vorräte entweder den Russen oder den Deutschen zugute kämen, was für den ungarischen Staat in beiden Fällen keinerlei Vorteil bedeutet. Die im rückwärtigen Armeegebiet nach auf ihren Gütern wirtschaftenden Grossgrundbesitzern und auch die Jagdpächter sind darüber sehr ungehalten, dass die durchziehenden deutschen und ungarischen Truppen bzw. Einheiten den Wildbestand durch rücksichtsloses Plündern vollständig vernichten. Es geht den Jagdbesitzern dabei angeblich nicht um den Verlust des materiellen Wertes, sondern in der Hauptsache um die Tatsache, dass der grösste Teil des nicht weidmännisch gejagten Wildes verlüdet, was einem

Jäger im Herzen weh tue. Es sei z.B. ein Unding, wenn das Wild mit Maschinenpistolen geschossen oder and den Aasstellen mit Handgranatfallen zur Strecke gebracht werde.

Infolge der anhaltenden Transportschwierigkeiten und der Unfähigkeit der einzelnen Stadtverwaltungen die in der Hauptsache durch den innerpolitischen Umschwung bedingt war, sind heute die meisten Stadtbewohner ohne ausreichende Brennstoffvorräte. Man erwartete in dieser Hinsicht ein energisches Durchgreifen der durch die Pfeilkreuzlerpartei neu eingesetzten Komitats- und Stadtverwaltungen, doch auch diese hätten seither keinerlei praktische Arbeit geleistet, sondern lediglich leere Versprechungen gemacht. Wenn dieser neuen Dienststellen auch weiterhin in der Sorge für die Bevölkerung eine derart teilnahmslose Haltung zeigen, dürfe man sich nicht wundern, wenn sich auch noch die wenigen Anhänger von der Pfeilkreuzlerpartei zurückziehen.

Allgemeine Stimmung und Lage

In der letzten Tagen hat sich die Stimmung der Bevölkerung in Kaschau wesentlich verschlechtert, was in erste Linie auf die dauernd auftauchenden Gerüchte über den Fall von Miskolc und das angebliche Vorstossen der Russen in Richtung auf die slowakische Grenze westlich Miskolc zurückzuführen sein dürfte. Die Bevölkerung befürchtet, dass ihnen damit jegliche Rückzugsmöglichkeit abgeschnitten werde und sie somit den vordringenden Bolschewisten preisgegeben seien. Andere Stimmungsmomente, wie der Mangel an Brennstoffmaterialien, and Salz und Zucker treten angesichts dieser Tatsache in den Hintergrund.

Die deutsche Wehrmacht hat in der letzten Zeit auch in den deutschfreundlichen Kreisen durch die zahlreichen Plünderungen und sonstige Uebergriffe an ihren Ansehen wesentlich eingebüsst. In diesen Kreisen wird die Hoffnung vertreten, dass man in Ungarn auf keinen Fall derartige Uebergriffe dulden könne, die allgemein den Eindruck erwecken, als ob die Deutschen noch allen rasch mitnahme, bevor die befehlsgemäss das Land verlassen, wenn Ungarn ebenso wie das Deutsche Reich bis zum letzten verteidigt werden soll.

Bei der hiesigen Bevölkerung hat die Gerüchtebildung und Verbreitung in der letzten Zeit wieder wesentlich zugenommen. Aus dem Inhalt der zurzeit kursierenden Gerüchte ist jedoch klar zu erkennen, dass es sich dabei um eine ausgesprochene Feindpropaganda handelt. Es wurde u.a. behauptet, dass die bolschewistischen Offiziere aus Moskau den Befehl erhalten hätten, in Zukunft alle Pfarrer zu grüssen. Weiter wird verbreitet, dass die Bolschewisten in den besetzten Gebieten Ungarns der Bevölkerung die Möglichkeit geben, mit ihren geflüchteten Angehörigen fernmündlich in Verbindung zu treten, um sie aufzufordern, wieder in ihre Heimat zurückzukehren, da unter dem bolschewistischen Regime keinerlei Unstimmigkeiten oder Vergewaltigungen vorkämen und das öffentliche Leben sich wie früher abspiele. Während die deutschen Soldaten den Wein in den zu Zeit von en Bolschewisten besetzte Gebieten unentgeltlich mitnahmen, würden die Bolschewisten für jeden Liter Wein bis zu 100 Pengö bezahlen. Ein weiteres hier umlaufendes Gerücht besagt, dass an der Westfront durch Einsatz neuer deutscher Waffen bereits 4 amerikanische Regimenter erfroren seien, und Teile der hiesigen Bevölkerung bekunden offen ihren Unwillen über eine derartige unmenschliche Kriegsführung der Deutschen.

Durch den FAT 302 wird aus den z.Zt. von den Bolschewisten besetzten Gebieten in Karparthenraum folgendes bekannt:

Die russischen Truppen haben den Auftrag erhalten, in den von ihnen besetzten ehemals tschechoslowakischen Gebieten keinerlei Verwaltungsmassnahmen zu treffen. Laut Stalinbefehl sind derartige Massnahmen ausschliesslich den tschechoslowakischen Truppen und Behörden vorbehalten. Der Wirkungsbereich diese Befehls wird durch die alte tschechoslowakische Staatsgrenze bestimmt. Als Bürgermeister von Ungvar wurde von den Bolschewisten ein gewisser Smetana-Szendrödi, der Sohn eines ungarischen Hauptmannes, der immer tschechophil eingestellt war, eingesetzt.

Gefangene sowjetische Offiziere sagten aus:

Dort, wo der roten Armee besonders harte Widerstand entgegengesetzt wird bzw. im Rücken ihrer Truppen Sabotage oder Ueberfälle stattfinden, ist man in den Reihen der Roten Armee der Ansicht, dass es sich um Wlasow-Leute handelt. Angehörige der Wlasow-Einheiten werden im Gegensatz zu sonstigen Hiwis der deutschen Armee bei der Gefangennahme von den Bolschewisten sofort erschossen. Weiter wurde bekannt, dass die Russen in den besetzten ehemaligen tschechoslowakischen Gebieten als Zahlungsmittel die tschechoslowakische Krone eingeführt haben. Eine Krone ist gleich 60 ungar. Filér. In Munkács und Ungvar ist die einmarschierende Rote Armee von der russischen Bevölkerung freudig begrüsst worden und hat bereitwillig Lebensmittel und Wein an die Soldaten ausgegeben. Die Stimmung in der Roten Armee ist siegessicher und das Kriegsende wird dort für Anfang 1945 erwartet.

Der Einsatz rumänischer Truppen erfolgt angeblich derart, dass jeweils 3 Rumänen eine Russen zugeteilt sind. Die rumänischen Truppen aber hätten trotzdem die Absicht zu den Deutschen überzulaufen, noch befürchten sie die Erschiessung bei der Gefangennahme. Ein gefangener russischer Oberleutnant sagte aus:

Die russische Presse weist darauf hin, dass die Tschechoslowakei in ihren alten Grenzen wieder hergestellt werden soll. Die Rote Armee habe strengstens Plünderungsverbot erhalten, bekomme aber genügend Lebensmittel von der Bevölkerung geschenkt. Russland fordere nichts anderes, als die Grenzen nach dem finnischen Kriege und entsprechend dem Uebereinkommen mit Deutschland im Jahre 1935.

i.V.

gez. Wittmanns

SS-Untersturmführer.